

## Politische Unsicherheit in der Türkei

*Die Wirtschaft der Türkei ist angeschlagen. Wird der Putschversuch in der letzten Woche negative Auswirkungen haben?*

Nachdem am Freitagabend eine Fraktion des türkischen Militärs eine politische Machtübernahme erklärte, das Kriegsrecht ausrief und Ausgangssperren verhängte, vermeldete die Regierung um Präsident Erdoğan schon am Morgen danach, sie hätte den Putschversuch abwenden können, berichtet Die Zeit. Nach offiziellen Angaben kamen Hunderte Menschen in der Nacht zum Samstag bei den Aufständen ums Leben, Istanbul's Stadtbild und Teile Ankaras waren geprägt von Explosionen und Chaos. Letzteres hat sich durch die systematische Suche nach am Putsch Beteiligten und deren Verhaftung auch im Nachgang nicht gelegt. Laut Regierung wurden etwa 6000 Menschen verhaftet, darunter viele Angestellte im öffentlichen Dienst.



Präsident Recep Tayyip Erdoğan in Russland, 2013 | Quelle: Kremlin.ru

Durch diese Manifestation politischer Konflikte dürfte auch die ohnehin schon strauchelnde Wirtschaft der Türkei weiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Nach dem Wiederaufflammen des Kurdenkonflikts, der Verwicklung in den syrischen Bürgerkrieg und einer Reihe terroristisch motivierter Attentate, waren Touristen in jüngster Vergangenheit zunehmend ferngeblieben, schreibt der Nachrichtendienst Bloomberg. Die Verunsicherung könne in einem nächsten Schritt in der Folge des Putsches nun auch ausländische Investoren erreichen. Somit kämen zu einer schwächelnden Binnennachfrage und Prognosen steigender Kreditausfallraten nun noch Finanzierungsprobleme für Unternehmen hinzu, da Fremdkapital ausfalle.

*Fortsetzung auf Seite 2*

## Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 11. bis zum 17. Juli:*

### **IMK: Arbeitskosten steigen in Deutschland**

*Montag, 11. Juli* – Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung fand für Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern einen überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitskosten von 2,7 Prozent für das Jahr 2015. Die Forscher ermittelten im Rahmen der am Montag erschienenen Studie weiterhin für die EU einen Wert von 2,2 Prozent und für die Eurozone einen Wert von 1,6 Prozent. IMK-Direktor Gustav Horn bewertet den Trend positiv, nachdem sich die deutschen Arbeitskosten bis 2011 unterdurchschnittlich entwickelt hatten, und sieht die gestiegenen Löhne als Motor der jüngst angezogenen Nachfrage.

### **Weniger Bankenabgaben in Österreich**

*Dienstag, 12. Juli* – Die österreichische Regierung entlastet die im Land ansässigen Geldinstitute mit einer Abgabeverringerung um fünf Sechstel, so Reuters. Nach deutschem Vorbild würden Zahlungen in EU-Bankfonds nun in der nationalen Abgabe berücksichtigt. Mit dem nicht mehr an den Fiskus abgeführten Geld soll die Wettbewerbsfähigkeit der Banken durch den Ausbau von deren Eigenkapitalbasis gestärkt werden.

Erste Auswirkungen zeigten sich in unmittelbarer Folge auf den Putsch an den Börsen: Die türkische Lira verlor gegenüber dem Dollar schlagartig sechs Prozent an Wert, ein an türkische Anleihen gebundener Fonds stürzte um 2,5 Prozent ab. Ein türkischstämmiger Banker bei Merrill Lynch mahnte jedoch zur Ruhe. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen seien solide in der Türkei und die Regierung hätte nach dem Putschversuch schnell wieder die politische Gewalt inne gehabt. Die Entwicklungen würden sich nach einem kurzen Schock normalisieren.

Eine andere Meinung vertreten dazu die Autoren des Economist. Sie sehen auch mittelfristig spürbare Effekte der politischen Instabilität, welche durch den Putschversuch akzentuiert wird.

Die abgesackte Binnennachfrage wäre in den Statistiken noch nicht erkennbar: Einerseits habe es Kreditumstrukturierungen für die Tourismusindustrie seitens der Banken gegeben. Die Kreditausfallrate reagiere demnach langsamer auf den ausbleibenden Tourismus und damit verbundene Pleiten in der Dienstleistungsbranche. Allein durch diesen Effekt könne sich das Wirtschaftswachstum der Türkei binnen eines Jahres um bis zu einen Prozentpunkt nach unten korrigieren, prognostiziert der Internationale Währungsfonds. Die Binnennachfrage wurde bisher zudem gestützt von einer Anhebung des Mindestlohnes um knapp 30 Prozent, welche den Konsum anregte und damit eine sofortige dramatische Abnahme der Nachfrage verschleierte. Auch die schwache Lira würde die Binnennachfrage stützen, da weniger aus dem teureren Ausland importiert werde.

Dass diese Effekte die türkische Wirtschaft nicht langfristig tragen, lässt sich am Resultat eines durchgespielten Risikoszenarios erkennen: Durch eine weitere Währungsabwertung würden sich ausländische Kreditlasten vergrößern. Kreditausfälle und ausbleibendes Kapital aus dem Ausland wären die Folge.

Um die türkische Wirtschaft unabhängiger von ausländischem Geld zu machen, habe die Erdoğan-Regierung gerade ein neues Paket zur Ankurbelung von Investitionen beschlossen, heißt es in dem Economist-Artikel weiter. Aber auch, dass für den Erfolg des Pakets weitreichendere, politisch womöglich schwierig durchzubringende steuerliche Strukturreformen notwendig seien. Zudem müssten die Zinsen durch die Zentralbank angehoben werden. Beides sei der Erdoğan-Regierung ein Dorn im Auge und habe demnach wenig Aussicht auf Erfolg.

Hintergrund | Türkische Wirtschaft vor der Krise?

>> [Bloomberg: Politische Unsicherheit in der Türkei \(englisch\)](#)

### Großbritannien bemüht sich um Handelsbeziehungen

*Sonntag, 10. Juli* – Nach dem Brexit-Referendum setzt Großbritannien auf die bilaterale vertragliche Festlegung wichtiger Handelsbeziehungen, berichtet Die Zeit. Handelsminister Liam Fox strebt demnach Freihandelsabkommen mit volkswirtschaftlich relevanten Handelspartnern an. Der australische Premierminister hätte sich gegenüber einer solchen vertraglichen Festschreibung des Handels bereits wohlwollend geäußert, Gespräche mit Kanada wären „sehr erfolgreich“ verlaufen. Vor allem Verhandlungen mit den USA könnten sich jedoch für Großbritannien schwieriger gestalten, hatte US-Präsident Obama die Wichtigkeit eines Handelsvertrags mit der EU im April noch einer Übereinkunft mit Großbritannien vorangestellt. Fox ist dennoch zuversichtlich und betont, Großbritannien könne zukünftig eine Leuchtturmstellung in der Handelswelt einnehmen.

### Zahl der Woche

0,3 %

... Inflation misst das Statistische Bundesamt für Deutschland im Juni. Der Wert kam dem EZB-Ziel von zwei Prozent damit im Vergleich zum Mai um 0,2 Prozentpunkte näher.

Reuters